

No. 32230

**AUSTRIA
and
SOCIALIST FEDERAL REPUBLIC
OF YUGOSLAVIA**

Treaty on extradition. Signed at Belgrade on 1 February 1982

Authentic texts: German and Serbo-Croatian.

Registered by Austria on 30 October 1995.

**AUTRICHE
et
RÉPUBLIQUE FÉDÉRATIVE SOCIALISTE
DE YOUGOSLAVIE**

Traité d'extradition. Signé à Belgrade le 1^{er} février 1982

Textes authentiques : allemand et serbo-croate.

Enregistré par l'Autriche le 30 octobre 1995.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VERTRAG ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER SOZIALISTISCHEN FÖDERATIVEN REPUBLIK JUGOSLA- WIEN ÜBER DIE AUSLIEFERUNG

Der Bundespräsident der Republik Österreich
und
das Präsidium der Sozialistischen Föderativen
Republik Jugoslawien,

von dem Wunsche geleitet, die rechtlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu vertiefen und den rechtlichen Verkehr zwischen ihnen zu erleichtern, sind übereingekommen, einen Vertrag über die Auslieferung abzuschließen, und haben zu diesem Zweck folgendes vereinbart:

Auslieferungspflicht

Artikel 1

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, einander auf Ersuchen nach den nachstehenden Vorschriften und Bedingungen Personen auszuliefern, die im ersuchenden Staat wegen einer gerichtlich strafbaren Handlung verfolgt oder zur Vollstreckung einer gerichtlichen Strafe oder vorbeugenden Maßnahme gesucht werden.

Strafbare Handlungen, die der Auslieferung unterliegen

Artikel 2

(1) Die Auslieferung wird zur Verfolgung von Handlungen bewilligt, die nach dem Recht beider Vertragsstaaten mit einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe oder vorbeugenden Maßnahme dieser Dauer oder mit einer strengeren Strafe bedroht sind.

(2) Die Auslieferung zur Vollstreckung einer Strafe oder vorbeugenden Maßnahme, die wegen einer oder mehrerer der in Abs. 1 angeführten Handlungen rechtskräftig ausgesprochen worden ist, wird bewilligt, wenn die Dauer der zu vollstreckenden Strafe oder vorbeugenden Maßnahme oder ihr zu vollstreckender Rest mindestens vier Monate beträgt. Die Auslieferung wird auch dann bewilligt, wenn mehrere Strafen oder vorbeugende Maßnahmen zu vollstrecken sind, deren Gesamtausmaß mindestens vier Monate beträgt.

(3) Wird die Auslieferung nach Abs. 1 oder Abs. 2 bewilligt, so wird sie gleichzeitig oder nachträglich auch wegen anderer nach dem Recht beider Vertragsstaaten gerichtlich strafbarer Handlungen

gen und zur Vollstreckung von wegen solcher Handlungen verhängten Freiheitsstrafen oder vorbeugenden Maßnahmen bewilligt, bei denen die in den genannten Absätzen festgesetzten zeitlichen Voraussetzungen nicht zutreffen.

Nichtauslieferung eigener Staatsangehöriger

Artikel 3

Angehörige des ersuchten Staates werden nicht ausgeliefert.

Ablehnung der Auslieferung wegen Asyls oder wegen völkerrechtlicher Verpflichtungen

Artikel 4

Die Auslieferung wird nicht bewilligt:

1. wenn die Person, deren Auslieferung begehrt wird, auf dem Gebiet des ersuchten Staates Asyl genießt;
2. wenn die Auslieferung mit Verpflichtungen des ersuchten Staates aus mehrseitigen Übereinkommen nicht vereinbar wäre.

Politische strafbare Handlungen

Artikel 5

(1) Die Auslieferung wird nicht bewilligt, wenn sie wegen einer Handlung begehrt wird, die nach Ansicht des ersuchten Staates eine strafbare Handlung politischen Charakters darstellt.

(2) Eine strafbare Handlung gegen das Leben, einschließlich des Versuches und der Beteiligung daran, sowie jede andere strafbare Handlung, bei welcher unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles, insbesondere der Art der Begehung, der angewendeten oder angedrohten Mittel oder der Schwere der eingetretenen oder beabsichtigten Folgen, der kriminelle Charakter der Tat den politischen überwiegt, wird nicht als strafbare Handlung politischen Charakters betrachtet.

Militärische strafbare Handlungen

Artikel 6

Die Auslieferung wird nicht bewilligt, wenn sie wegen einer Handlung begehrt wird, die nach

Ansicht des ersuchten Staates ausschließlich in der Verletzung militärischer Pflichten besteht.

Fiskalische strafbare Handlungen

Artikel 7

Die Auslieferung wird nicht bewilligt, wenn sie wegen einer Handlung begehrt wird, die nach Ansicht des ersuchten Staates ausschließlich eine Verletzung von Abgaben-, Monopol-, Zoll- oder Devisenvorschriften oder von Vorschriften über die Warenbewirtschaftung oder über den Außenhandel darstellt.

Grundsatz ne bis in idem

Artikel 8

(1) Die Auslieferung wird nicht bewilligt, wenn ein gegen die auszuliefernde Person im ersuchten Staat wegen der dem Auslieferungsersuchen zugrunde liegenden Handlung geführtes Strafverfahren rechtskräftig beendet worden ist.

(2) Ein Freispruch oder eine Einstellung nur wegen Fehlens der Gerichtsbarkeit steht einer Auslieferung nicht entgegen.

(3) Die Auslieferung wird auch nicht bewilligt, wenn die auszuliefernde Person wegen der dem Auslieferungsersuchen zugrunde liegenden Handlung in einem dritten Staat rechtskräftig freigesprochen oder schuldig erkannt worden ist und die verhängte Strafe oder vorbeugende Maßnahme bereits ganz vollstreckt oder zur Gänze oder für den noch nicht vollstreckten Teil nachgesehen worden ist oder ihre Vollstreckbarkeit nach dem Recht des dritten Staates verjährt ist.

Verjährung

Artikel 9

Die Auslieferung wird nicht bewilligt, wenn die Strafverfolgung oder die Vollstreckung der Strafe oder vorbeugenden Maßnahme nach dem Recht eines der beiden Vertragsstaaten verjährt ist.

Todesstrafe

Artikel 10

Ist eine dem Auslieferungsersuchen zugrunde liegende Handlung zwar nach dem Recht des ersuchenden Staates, nicht aber nach dem Recht des ersuchten Staates mit der Todesstrafe bedroht, so darf im ersuchenden Staat an Stelle der Todesstrafe nur eine Freiheitsstrafe verhängt oder vollstreckt werden.

Gerichtsbarkeit des ersuchten Staates

Artikel 11

(1) Die Auslieferung wegen einer Handlung, die der Gerichtsbarkeit des ersuchten Staates unterliegt, wird nicht bewilligt.

(2) Die Auslieferung kann ungeachtet des Abs. 1 bewilligt werden, wenn sie wegen einer anderen Handlung bewilligt wird und die strafrechtliche Beurteilung aller Handlungen im ersuchenden Staat im Interesse der Wahrheitsfindung, aus Gründen der Strafbemessung oder aus anderen für das Strafverfahren wichtigen Gründen, aus Gründen des Strafvollzuges oder der Resozialisierung der auszuliefernden Person geboten ist.

Sonderfälle

Artikel 12

(1) Die Auslieferung wird nicht bewilligt wegen einer Handlung, die nach dem Recht beider Vertragsstaaten mit einer fünf Jahre nicht übersteigenden Freiheitsstrafe oder vorbeugenden Maßnahme dieser Dauer bedroht ist und wenn die Auslieferung die auszuliefernde Person wegen ihres Alters, wegen ihres seit langem bestehenden Aufenthaltes im ersuchten Staat oder aus anderen schwerwiegenden, in ihren persönlichen Verhältnissen gelegenen Gründen offenbar unverhältnismäßig hart trafe.

(2) Wird eine Auslieferung aus den Gründen des Abs. 1 nicht bewilligt, so wird der ersuchte Staat prüfen, ob gegen die auszuliefernde Person wegen der dem Auslieferungsersuchen zugrunde liegenden Handlung ein Strafverfahren einzuleiten ist. Von dem Ergebnis dieser Prüfung und eines eingeleiteten Strafverfahrens ist der ersuchende Staat in Kenntnis zu setzen.

Amnestie

Artikel 13

Eine im ersuchten Staat erlassene Amnestie steht der Auslieferung nur entgegen, wenn die Handlung der Gerichtsbarkeit dieses Staates unterliegt.

Ausnahmegerichte

Artikel 14

Die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, darf im ersuchenden Staat nicht vor ein Ausnahmegericht gestellt werden. Die Auslieferung zur Vollstreckung einer Strafe oder vorbeugenden Maßnahme, die von einem solchen Gericht verhängt worden ist, wird nicht bewilligt.

Verfolgungsvoraussetzungen

Artikel 15

Das Fehlen einer nach dem Recht des ersuchten Staates zur Einleitung eines Strafverfahrens notwendigen Erklärung des Verletzten hindert die Auslieferung nicht.

Abwesenheitsurteile

Artikel 16

Die Auslieferung zur Vollstreckung einer Strafe oder vorbeugenden Maßnahme, die auf Grund eines in Abwesenheit der auszuliefernden Person durchgeführten gerichtlichen Verfahrens rechtskräftig verhängt worden ist, wird nur bewilligt, wenn der ersuchende Staat zusichert, daß das Strafverfahren nach der Auslieferung nach seinen Rechtsvorschriften in Anwesenheit der ausgelieferten Person neu durchgeführt werden wird.

Grundsatz der Spezialität

Artikel 17

(1) Die ausgelieferte Person darf wegen einer vor ihrer Übergabe begangenen Handlung, auf die sich die Bewilligung der Auslieferung nicht erstreckt, oder aus einem anderen vor der Übergabe entstandenen Grund weder verfolgt, abgeurteilt oder irgendeiner Beeinträchtigung ihrer persönlichen Freiheit unterworfen, noch an einen dritten Staat weitergeliefert werden.

(2) Die Beschränkung nach Abs. 1 entfällt:

- a) wenn der Staat, der die Person ausgeliefert hat, der Strafverfolgung oder der Vollstreckung einer gerichtlichen Strafe oder vorbeugenden Maßnahme zustimmt. Dem Ersuchen um Zustimmung werden die in Art. 19 vorgesehenen Unterlagen und ein vom Gericht aufgenommenes Protokoll beigelegt, aus dem die Stellungnahme der ausgelieferten Person zu der beabsichtigten Erweiterung der Strafverfolgung oder Vollstreckung zu ersehen ist. Die Zustimmung wird erteilt, wenn die dem Ersuchen zugrunde liegende Handlung nach diesem Vertrag die Verpflichtung zur Bewilligung der Auslieferung nach sich zieht;
- b) wenn die ausgelieferte Person sich nach ihrer endgültigen Freilassung länger als 45 Tage im ersuchenden Staat aufhält, obwohl sie ihn verlassen konnte und durfte, oder wenn sie nach Verlassen dieses Staates freiwillig dahin zurückgekehrt ist.

(3) Wird die Handlung während des Verfahrens im ersuchenden Staat rechtlich anders als im Auslieferungsverfahren gewürdigt, so darf die ausgelieferte Person nur insoweit verfolgt oder abgeurteilt

werden, als die neue rechtliche Würdigung bei gleichbleibendem Sachverhalt ebenfalls der Auslieferung unterliegt.

(4) Innerhalb der in Abs. 2 lit. b erwähnten Frist wird der ausgelieferten Person die Ausreise gestattet, es sei denn, daß sie nach ihrer Auslieferung eine neue strafbare Handlung begangen hat. In diesem Fall beginnt die im Abs. 2 lit. b erwähnte Frist erst, wenn die ausgelieferte Person auch in dem wegen dieser strafbaren Handlung eingeleiteten Strafverfahren endgültig freigelassen worden ist.

Ausfolgung von Gegenständen

Artikel 18

(1) Wird die Auslieferung einer Person bewilligt, so wird auch ohne besonderes Ersuchen die Ausfolgung von Gegenständen bewilligt:

- a) die als Beweismittel dienen können;
- b) die von der auszuliefernden Person durch die strafbare Handlung oder durch die Verwertung der daher stammenden Gegenstände erlangt worden sind.

(2) Kann eine Auslieferung, die nach diesem Vertrag zulässig wäre, nicht bewilligt werden, weil die auszuliefernde Person geflüchtet oder gestorben ist oder auf dem Hoheitsgebiet des ersuchten Staates nicht betreten werden konnte, so wird die Ausfolgung von Gegenständen dennoch bewilligt.

(3) In jedem Fall bleiben Rechte des ersuchten Staates oder dritter Personen an den Gegenständen unberührt. Die Gegenstände werden im Hinblick auf solche Rechte nach Abschluß des Verfahrens im ersuchenden Staat so bald wie möglich und kostenlos dem ersuchten Staat zurückgestellt. Würden solche Rechte durch die Übergabe beeinträchtigt, so wird die Ausfolgung nicht bewilligt.

(4) Für die Ausfolgung von Gegenständen nach diesem Artikel finden Vorschriften über die Ein- und Ausfuhr von Gegenständen und Devisen keine Anwendung.

Unterlagen

Artikel 19

(1) Dem Ersuchen um Auslieferung wird eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift (Kopie) eines Haftbefehles, eines vollstreckbaren verurteilenden Erkenntnisses, einer Entscheidung über die Anordnung einer vorbeugenden Maßnahme oder einer sonstigen Urkunde gleicher Wirksamkeit beigelegt. Diese Urkunden müssen vom zuständigen Richter unterschrieben und mit dem amtlichen Siegel versehen sein.

(2) Sofern dies in den in Abs. 1 angeführten Urkunden nicht enthalten ist, werden auch beigefügt:

- a) eine Darstellung der Handlung mit Angabe von Zeit und Ort der Begehung;
- b) eine rechtliche Würdigung der Handlung und eine Abschrift der anzuwendenden oder angewendeten gesetzlichen Bestimmungen;
- c) im Falle eines Ersuchens um Auslieferung zur Vollstreckung einer Strafe oder vorbeugenden Maßnahme die Unterlagen, aus denen sich die Vollstreckbarkeit der Entscheidung ergibt;
- d) möglichst genaue Angaben über die Person, deren Auslieferung begehrt wird, ihre Staatsangehörigkeit und ihren Wohn- oder Aufenthaltsort.

Ergänzung der Unterlagen

Artikel 20

Hält der ersuchte Staat die ihm übermittelten Angaben und Unterlagen für nicht ausreichend, so ersucht er um die notwendige Ergänzung. Er kann für das Einlangen dieser Ergänzung eine angemessene Frist bestimmen; diese kann auf begründetes Ersuchen verlängert werden. Mangels einer Ergänzung wird über das Ersuchen um Auslieferung auf Grund der vorhandenen Angaben und Unterlagen entschieden.

Geschäftsweg

Artikel 21

(1) Ersuchen nach diesem Vertrag werden schriftlich gestellt.

(2) Der Schriftverkehr in Auslieferungs- und Durchlieferungssachen findet, sofern in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist, zwischen dem Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich und dem Bundessekretariat für Justiz und Organisation der Bundesverwaltung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien statt. Der diplomatische Weg wird dadurch nicht ausgeschlossen.

Sprache, Legalisierung

Artikel 22

Die nach diesem Vertrag gestellten Ersuchen und die beizufügenden Unterlagen werden in der Sprache des ersuchenden Staates abgefaßt. Sie bedürfen keiner Legalisierung. Übersetzungen werden nicht angeschlossen.

Ausforschung, Auslieferungshaft

Artikel 23

Stellt der ersuchende Staat ein den Bestimmungen dieses Vertrages entsprechendes Auslieferungsersuchen und macht er glaubhaft, daß sich die Per-

son, deren Auslieferung begehrt wird, auf dem Hoheitsgebiet des ersuchten Staates befindet, so trifft der ersuchte Staat unverzüglich die zu ihrer Ausforschung erforderlichen Maßnahmen. Wenn es notwendig ist, nimmt er diese Person nach Maßgabe seines Rechts in Auslieferungshaft oder trifft sonstige Maßnahmen zur Verhinderung ihres Entweichens.

Vorläufige Auslieferungshaft

Artikel 24

(1) In dringenden Fällen kann der ersuchende Staat um die Verhängung der vorläufigen Auslieferungshaft über die gesuchte Person ersuchen. Ein solches Ersuchen kann von den Justizbehörden und den obersten Polizeibehörden des einen Vertragsstaates an die entsprechenden Justiz- und Polizeibehörden des anderen Vertragsstaates gerichtet werden. Der ersuchte Staat entscheidet nach seinem Recht über die Verhängung der vorläufigen Auslieferungshaft oder über die Anordnung sonstiger Maßnahmen zur Verhinderung des Entweichens der gesuchten Person.

(2) Das Ersuchen um Verhängung der vorläufigen Auslieferungshaft hat anzugeben, daß eine der im Art. 19 Abs. 1 erwähnten Urkunden vorhanden ist und daß die Absicht besteht, ein Auslieferungsersuchen zu stellen. Das Ersuchen hat auch eine kurze Darstellung der Handlung unter Anführung von Zeit und Ort ihrer Begehung, der angedrohten oder zu vollstreckenden Strafe oder vorbeugenden Maßnahme sowie möglichst genaue Angaben über die Person, die ausgeliefert werden soll, ihre Staatsangehörigkeit und ihren Wohn- oder Aufenthaltsort zu enthalten.

(3) Ein Ersuchen nach Abs. 1 kann auch unmittelbar im Postweg, fernschriftlich oder im Wege der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation — INTERPOL übermittelt werden. Der ersuchende Staat wird unverzüglich verständigt, inwieweit seinem Ersuchen Folge gegeben worden ist.

(4) Die vorläufige Haft kann aufgehoben werden, wenn das Auslieferungsersuchen und die in Art. 19 erwähnten Unterlagen nicht innerhalb von 30 Tagen übermittelt werden. Die vorläufige Auslieferungshaft darf in keinem Fall 45 Tage, gerechnet vom Tage der Anhaltung, überschreiten. Die vorläufige Auslieferungshaft kann jederzeit aufgehoben werden, wenn der ersuchte Staat andere Maßnahmen trifft, die er zur Verhinderung der Flucht der gesuchten Person für notwendig erachtet.

(5) Die Aufhebung der vorläufigen Auslieferungshaft steht einer neuerlichen Verhaftung und der Auslieferung nicht entgegen, wenn das Auslieferungsersuchen später einlangt.

Anbot der Auslieferung

Artikel 25

(1) Erlangen die zuständigen Behörden eines Vertragsstaates davon Kenntnis, daß sich auf dem Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaates eine Person befindet, deren Auslieferung vom anderen Vertragsstaat begehrt werden kann, so können sie diese Person in vorläufige Auslieferungshaft nehmen. Der andere Vertragsstaat ist hievon unverzüglich unter Angabe von Zeit und Ort der Verhaftung auf dem in Art. 24 Abs. 3 beschriebenen Weg zu verständigen.

(2) Der nach Abs. 1 verständigte Vertragsstaat teilt unverzüglich, spätestens innerhalb von 15 Tagen ab dem Tag des Einlangens der Benachrichtigung von der Verhaftung mit, ob er ein Auslieferungsersuchen stellen wird. Das Auslieferungsersuchen muß innerhalb von 30 Tagen ab der Ankündigung des Auslieferungsersuchens gestellt werden.

(3) Die Haft wird aufgehoben, wenn innerhalb der im Abs. 2 genannten Frist kein Auslieferungsersuchen angekündigt oder mitgeteilt wird, daß die Auslieferung nicht begehrt wird.

(4) Die Aufhebung der vorläufigen Auslieferungshaft steht einer neuerlichen Verhaftung und der Auslieferung nicht entgegen, wenn das Auslieferungsersuchen später einlangt.

Entscheidung über das Auslieferungsersuchen

Artikel 26

(1) Der ersuchte Staat entscheidet ehestmöglich über die Auslieferung und setzt den ersuchenden Staat von seiner Entscheidung in Kenntnis.

(2) Eine vollständige oder teilweise Ablehnung der Auslieferung ist zu begründen.

Mehrheit von Auslieferungsersuchen

Artikel 27

(1) Wird von einem Vertragsstaat und von einem dritten Staat um die Auslieferung ersucht, so entscheidet der ersuchte Staat über den Vorrang unter Berücksichtigung aller Umstände, insbesondere des Tatorts, der zeitlichen Reihenfolge des Einlangens der Ersuchen, der Staatsangehörigkeit der auszuliefernden Person, der Möglichkeit ihrer Weiterlieferung und, wenn sich die Ersuchen auf verschiedene Handlungen beziehen, auch der Schwere dieser Handlungen.

(2) Liegen den Ersuchen verschiedene Handlungen zugrunde und wird dem Ersuchen eines dritten Staates der Vorzug gegeben, so wird der ersuchte Staat dem anderen Vertragsstaat zugleich mit der Entscheidung über das Auslieferungsersuchen mit-

teilen, inwieweit er einer etwaigen Weiterlieferung aus dem dritten Staat an den anderen Vertragsstaat zustimmt.

Übergabe der auszuliefernden Person

Artikel 28

(1) Im Falle der Bewilligung der Auslieferung teilt der ersuchte Staat mit, wann er zur Übergabe bereit ist. Die Vertragsstaaten pflegen das Einvernehmen über Zeit und Ort der Übergabe und geben anlässlich der Übergabe bekannt, während welcher Zeit sich die auszuliefernde Person in Auslieferungshaft befinden hat.

(2) Die auszuliefernde Person kann entlassen werden, wenn sie nicht innerhalb von 15 Tagen ab dem Tag, an dem der ersuchte Staat zur Übergabe bereit ist, übernommen wird. Nach Ablauf von 30 Tagen nach diesem Tag wird sie jedenfalls aus der Auslieferungshaft entlassen und das Auslieferungsersuchen als gegenstandslos betrachtet.

(3) Wird die Übergabe der auszuliefernden Person wegen ihres Gesundheitszustandes oder sonst aus außergewöhnlichen Gründen verhindert, so werden die Vertragsstaaten einander davon verständigen und nach Wegfall der Hindernisse das Einvernehmen durch Festsetzung eines neuen Zeitpunktes für die Übergabe pflegen, ab dem die in Abs. 2 genannten Fristen zu laufen beginnen.

Aufgeschobene, bedingte Übergabe

Artikel 29

(1) Der ersuchte Staat kann nach Bewilligung der Auslieferung die Übergabe der auszuliefernden Person aufschieben, um ein Strafverfahren wegen einer anderen strafbaren Handlung gegen sie durchzuführen oder eine durch seine Gerichte wegen einer strafbaren Handlung ausgesprochene Freiheitsstrafe oder angeordnete vorbeugende Maßnahme zu vollstrecken.

(2) Wird die Übergabe aufgeschoben, so kann der ersuchte Staat die auszuliefernde Person auf Ersuchen des ersuchenden Staates diesem zeitweilig zur Durchführung dringender Prozeßhandlungen übergeben. Die Prozeßhandlungen sind im Ersuchen näher zu bezeichnen.

(3) Der ersuchende Staat hält die zeitweilig übergebene Person in Haft und wird sie nach Durchführung der Prozeßhandlung unverzüglich rücküberstellen. Die auf dem Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates verbüßte Haft wird auf die im ersuchten Staat zu verhängende oder verhängte Strafe angerechnet.

Begleitpersonal

Artikel 30

(1) Das Begleitpersonal, das eine auszuliefernde Person in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates zu bringen oder aus diesem abzuholen hat, ist berechtigt, auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates bis zur Übergabe oder nach der Übernahme der auszuliefernden Person die nötigen Vorkehrungen zu treffen, um ihr Entweichen zu verhindern.

(2) Dem Begleitpersonal ist bei seiner Dienstverrichtung auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates das Tragen der Dienstkleidung und das Mitführen der erforderlichen Dienstwaffen und Ausrüstungsgegenstände gestattet. Von der Waffe darf nur im Falle der Notwehr Gebrauch gemacht werden.

Übergabe von Gegenständen

Artikel 31

(1) Gegenstände, deren Ausfolgung gemäß Art. 18 bewilligt worden ist, werden, wenn möglich, gleichzeitig mit der auszuliefernden Person übergeben.

(2) Die Übergabe von Gegenständen zum Zweck ihrer Ausfolgung an den Geschädigten kann mit Zustimmung des anderen Vertragsstaates bereits vor Bewilligung der Auslieferung erfolgen, wenn die auszuliefernde Person mit deren unmittelbarer Rückgabe an den Geschädigten einverstanden ist.

Anzuwendendes Verfahrensrecht, Benachrichtigung

Artikel 32

(1) Vorbekanntlich der Bestimmungen dieses Vertrages kommt für das Auslieferungsverfahren und die Auslieferungshaft im Hoheitsgebiet des ersuchten Staates dessen Recht zur Anwendung.

(2) Wird eine Person zur Strafverfolgung ausgeliefert, so setzt der ersuchende Staat den ersuchten Staat vom Ergebnis des Strafverfahrens in Kenntnis. Liegt eine rechtskräftige Entscheidung hierüber vor, so wird diese in Ausfertigung oder in einer beglaubigten Abschrift (Kopie) übermittelt.

Durchlieferung

Artikel 33

(1) Die Durchlieferung einer von einem dritten Staat an einen Vertragsstaat auszuliefernden Person durch das Gebiet des anderen Vertragsstaates wird unter denselben Bedingungen wie die Auslieferung bewilligt.

(2) Soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist, gelten seine Bestimmungen auch für die Durchlieferung.

(3) Der ersuchte Staat kann die Durchlieferung ablehnen, wenn das Ersuchen eine Person betrifft, gegen die in diesem Staat ein Strafverfahren anhängig ist oder ein vollstreckbares verurteilendes Erkenntnis vorliegt, oder wenn die Durchlieferung wesentliche Interessen dieses Staates verletzen könnte.

(4) Für die Dauer der Durchlieferung hat der ersuchte Staat die durchzuliefernde Person in Haft zu halten. Er darf sie wegen Handlungen, die vor der Durchlieferung begangen wurden, ohne Zustimmung des ausliefernden Staates weder verfolgen noch an ihr eine Strafe oder vorbeugende Maßnahme vollstrecken.

(5) Die Durchlieferung eigener Staatsangehöriger wird nicht bewilligt.

Durchlieferung im Luftweg

Artikel 34

(1) Soll eine Person in Durchführung einer Auslieferung von einem dritten Staat an einen Vertragsstaat auf dem Luftweg ohne Zwischenlandung durch das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates durchbefördert werden, so bedarf es keiner ausdrücklichen Bewilligung des überflogenen Vertragsstaates. Dieser Staat wird vom ersuchenden Staat im voraus davon unterrichtet, daß eine der im Art. 19 Abs. 1 bezeichneten Unterlagen vorhanden ist, daß die durchzubefördernde Person nicht Staatsangehöriger des überflogenen Vertragsstaates ist, daß sie nicht wegen einer Handlung militärischen oder politischen Charakters verfolgt wird, daß keine wegen einer solchen Handlung verhängte Strafe oder ausgesprochene Maßnahme an ihr vollstreckt werden soll und daß kein Fall des Art. 10 vorliegt.

(2) Für den Fall einer unvorhergesehenen Zwischenlandung auf dem Hoheitsgebiet des überflogenen Staates hat eine Mitteilung nach Abs. 1 dieselben Wirkungen wie das im Art. 24 vorgesehene Ersuchen um Verhängung der vorläufigen Auslieferungshaft.

Durchbeförderung zur Vollstreckung

Artikel 35

Die Bestimmungen über die Durchlieferung (Art. 33 und 34) werden sinngemäß auch auf die Überstellung einer Person angewendet, die zur Vollstreckung einer von einem Gericht eines dritten Staates wegen einer strafbaren Handlung ausgesprochenen Freiheitsstrafe oder vorbeugenden

Maßnahme durch das Hoheitsgebiet des einen Vertragsstaates in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates gebracht wird. Dasselbe gilt, wenn eine Person in einem Vertragsstaat verurteilt worden ist und durch das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates zur Vollstreckung in das Hoheitsgebiet eines dritten Staates gebracht wird.

Kosten

Artikel 36

Die im Zusammenhang mit einer Auslieferung, einer bedingten Übergabe einer Person nach Art. 29 Abs. 2 oder einer Ausfolgung von Gegenständen in seinem Gebiet entstandenen Kosten trägt der ersuchte Staat. Der ersuchende Staat trägt die Flugkosten, die durch eine auf sein Ersuchen auf dem Luftweg vorgenommene Übergabe, sowie die Kosten, die durch die Durchlieferung entstanden sind.

Definitionen

Artikel 37

(1) Im Sinne dieses Vertrages wird als „Sprache des ersuchenden Staates“ betrachtet:

- a) für das Gebiet der Republik Österreich die deutsche Sprache;
- b) für das ganze Gebiet der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien die serbokroatische Sprache, die kroatische Schriftsprache, die slowenische und mazedonische Sprache.

(2) Im Sinne dieses Vertrages bedeutet der Ausdruck „vorbeugende Maßnahme“:

- a) in der Republik Österreich jede die Freiheit beschränkende Maßnahme, die durch das Urteil eines Strafgerichtes neben oder an Stelle einer Strafe angeordnet wird;
- b) in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien Sicherungs- und Erziehungsmaßnahmen sowie Maßnahmen der Schutzaufsicht im Zusammenhang mit der bedingten Strafnachsicht, die nach dem Strafrecht der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vorgesehen sind.

(3) Im Sinne dieses Vertrages werden als „Justizbehörden“ betrachtet:

- a) in der Republik Österreich die Gerichte, die Staatsanwaltschaften und das Bundesministerium für Justiz;
- b) in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien die ordentlichen Gerichte, die öffentlichen Anklägerschaften und das Bundessekretariat für Justiz und Organisation der Bundesverwaltung.

(4) Im Sinne dieses Vertrages werden als „oberste Polizeibehörden“ betrachtet:

- a) in der Republik Österreich das Bundesministerium für Inneres;
- b) in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien das Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten.

(5) Ist die Dauer des Vollzuges der vorbeugenden Maßnahme unbestimmt, so ist für die Beurteilung, ob sie mindestens vier Monate (Art. 2 Abs. 2) beträgt, der Zeitpunkt maßgebend, zu dem die Maßnahme nach dem Recht des ersuchenden Staates spätestens aufzuheben ist.

Schlußbestimmungen

Artikel 38

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden in Wien ausgetauscht.

Artikel 39

(1) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Monats nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(2) Der Vertrag wird für unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jedem Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich mit einer Kündigungsfrist von sechs Monaten gekündigt werden.

Geschehen zu Belgrad, am 1. Februar 1982, in zwei Urschriften in deutscher und serbokroatischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik
Österreich:

DR. BRODA

Für die Sozialistische Föderative Republik
Jugoslawien:

BANOVIĆ

[SERBO-CROATIAN TEXT — TEXTE SERBO-CROATE]

UGOVOR IZMEDJU REPUBLIKE AUSTRIJE I SOCIJALISTIČKE
FEDERATIVNE REPUBLIKE JUGOSLAVIJE O IZDAVANJU

Predsednik Republike Austrije

i

Predsedništvo Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije

u želji da prodube pravne odnose izmedju dve države i olakšaju pravni saobraćaj izmedju njih, sporazumeli su se da zaključe Ugovor o izdavanju i u tom cilju dogovorili su se o sledećem:

Obaveza izdavanja

Član 1

Države ugovornice obavezuju se da će prema niže navedenim odredbama i uslovima, jedna drugoj na molbu izdavača: lica koja se gone u državi molilji zbog sudski kažnjivog dela ili se traže radi izvršenja sudske kazne ili preventivne mere.

Krivična dela za koja ima mesta izdavanja

Član 2

(1) Izdavanje će se odobriti radi gonjenja zbog dela za koje je prema pravu obe države ugovornice propisana kazna lišenja slobode ili preventivna mera preko jedne godine ili strožija kazna

(2) Izdavanje radi izvršenja pravnosnažno izrečene kazne ili preventivne mere zbog jednog ili više dela navedenih u stavu 1. ovog člana odobriće se ako trajanje kazne ili preventivne mere, odnosno njihov ostatak koji treba da se izvrši, iznosi najmanje 4 meseca. Izdavanje će se takodje odobriti ako je potrebno izvršiti više kazni ili preventivnih mera čiji je zbir najmanje 4 meseca.

(3) Ako se izdavanje odobrava prema stavu 1. ili 2. ovog člana onda se ono istovremeno ili naknadno odobrava i zbog drugih sudski kažnjivih dela prema pravu obe države ugovornice i radi izvršenja kazni lišenja slobode izrečenih za takva dela ili preventivnih mera kod kojih se ne sliču vremenski uslovi utvrđeni u navedenim stavovima.

Neizdavanje sopstvenih državljana

Član 3

Državljeni zamoljene države se neće izdavati.

Odbijanje izdavanja zbog azila ili međunarodno-pravnih obaveza

Član 4

Izdavanje se neće odobriti:

1. ako lice čije se izdavanje traži, uživa azil na teritoriji zamoljene države;
2. ako bi izdavanje bilo u suprotnosti sa obavezama zamoljene države iz multilateralnih ugovora.

Politička krivična dela

Član 5

(1) Izdavanje se neće odobriti ako se traži zbog dela koje po mišljenju zamoljene države predstavlja krivično delo političkog karaktera.

(2) Kao krivično delo političkog karaktera neće se smatrati delo protiv života uključujući tu i pokušaj i saučesništvo, kao i svako drugo krivično delo kod kojeg, uzimajući u obzir sve okolnosti pojedinačnog slučaja a naročito način izvršenja, primenjena ili zaprećena sredstva ili težinu nastale ili očekivane posledice, kriminalni karakter dela preteže nad političkim.

Vojna krivična dela

Član 6

Izdavanje se neće odobriti ako se traži zbog dela koje se po mišljenju zamoljene države sastoji isključivo u povredi vojnih dužnosti.

Fiskalna krivična dela

Član 7

Izdavanje se neće odobriti za delo koje po mišljenju zamoljene države isključivo predstavlja povredu propisa o porezima, monopolu, carini ili devizama ili povredu propisa o kontingentiranju roba ili o spoljnoj trgovini.

Načelo ne bis in idem

Član 8

(1) Izdavanje se neće odobriti ako je prema licu za koje se traži izdavanje u zamoljenoj državi kri-

vični postupak pravnosnažno okončan za delo zbog kojeg se traži izdavanje.

(2) Oslobodjenje ili obustava samo zbog nedostatka sudske nadležnosti ne isključuje izdavanje.

(3) Izdavanje se također neće odobriti ako je lice koje treba da se izda pravnosnažno oslobodjeno ili oglašeno krivim u trećoj državi za delo za koje se traži izdavanje ili ako je izrečena kazna ili preventivna mera izvršena ili oprostena, ili je neizvršeni deo kazne oprostjen, ili je izvršenje kazne ili preventivne mere zastarelo prema pravu treće države.

Zastarelost

Član 9

Izdavanje se neće odobriti ako je krivično gonjenje ili izvršenje kazne ili preventivne mere zastarelo prema pravu jedne od država ugovornica.

Smrtna kazna

Član 10

Ako je prema pravu države molilje za delo na kome se zasniva molba za izdavanje propisana smrtna kazna, a ta kazna nije propisana prema pravu zamoljene države, onda se u državi molilji umesto smrtno kazne sme izreći ili izvršiti samo kazna lišenja slobode.

Sudska nadležnost zamoljene države

Član 11

(1) Neće se odobriti izdavanje zbog dela koje podleže sudskoj nadležnosti zamoljene države.

(2) Izuzetno od stava 1. ovog člana izdavanje se može odobriti ako se ono odobrava zbog nekog drugog dela i kada je neophodna krivično pravna ocena svih dela u državi molilji u interesu otkrivanja istine, iz razloga odmeravanja kazne ili iz drugih razloga važnih za krivični postupak, iz razloga izvršenja kazne ili resocijalizacije lica koja treba da se izda.

Posebni slučajevi

Član 12

(1) Izdavanje se neće odobriti za delo za koje prema pravu obe države ugovornice propisana kazna lišenja slobode ne prelazi pet godina ili preventivna mera u tom trajanju i ako bi izdavanje očigledno nesrazmerno teško pogodilo lice koje treba da se izda zbog njegovog uzrasta, dugog boravka u zamoljenoj državi ili iz drugih ozbiljnih razloga koji leže u njegovim ličnim prilikama.

(2) Ako se izdavanje ne odobrava iz razloga u stavu 1. ovog člana, onda će zamoljena država ispi-

tati da li se protiv lica koje treba izdati može pokrenuti krivični postupak zbog dela na kome se zasniva molba za izdavanje. O rezultatu ovog ispitivanja i pokrenutog krivičnog postupka treba obavestiti državu molilju.

Amnestija

Član 13

Amnestija data u zamoljenoj državi isključuje izdavanje samo ako delo podleže sudskoj nadležnosti te države.

Vanredni sudovi

Član 14

Lice čije se izdavanje traži ne sme biti izvedeno u državi molilji pred vanredni sud. Neće se odobriti izdavanje radi izvršenja kazne ili preventivne mere koju je izrekao takav sud.

Pretpostavke za gonjenje

Član 15

Nepostojanje izjave oštećenog koja je prema pravu zamoljene države potrebna za pokretanje krivičnog postupka, ne sprečava izdavanje.

Osuda u odsustvu

Član 16

Radi izvršenja kazne ili preventivne mere koja je pravosnažno dosudjena na osnovu sudskog postupka sprovedenog u odsutnosti lica koje treba da se izda, izdavanje će se odobriti samo ako država molilja garantuje da će se krivični postupak posle izručenja ponovo sprovesti prema njenim pravnim propisima u prisustvu izdatog lica.

Načelo specijalnosti

Član 17

(1) Izdato lice ne sme se, za delo učinjeno pre predaje na koje se odobrenje za izdavanje ne odnosi ili po nekom drugom osnovu nastalom pre predaje, ni goniti ni osuditi, niti podvrgnuti nekom drugom ograničenju lične slobode, niti dalje izdati trećoj državi.

(2) Ograničenje iz stava 1. ovog člana prestaje:

- a) ako se država koja je izdala lice saglasi sa krivičnim gonjenjem ili sudskom kaznom ili preventivnom merom. Molbi za saglasnost prilažu se dokumenta predviđena u čl. 19. ovog Ugovora i zapisnik sačinjen pred sudom iz koje se može videti stav izdate osobe u vezi

sa nameravanim proširenjem krivičnog gonjenja ili izvršenja kazne. Saglasnost se daje kada delo na kome se zasniva molba, prema ovom Ugovoru povlači za sobom obavezu za odobrenje izdavanja;

- b) ako izdato lice posle njegovog konačnog puštanja na slobodu boravi duže od 45 dana u državi molilji, iako je moglo i smelo da je napusti, ili ako se posle napuštanja te države dobrovoljno ponovo tamo vratilo.

(3) Ako se u toku postupka u državi molilji promeni pravna kvalifikacija dela koja je postojala u postupku izdavanja, izdato lice može biti gonjeno ili sudjeno samo ako je i prema novoj pravnoj kvalifikaciji činjeničnog stanja dozvoljeno izdavanje.

(4) U roku navedenom u stavu 2. tačka b) ovog člana izdatom licu će se dozvoliti izlazak iz zemlje, osim ako je ono po izdavanju učinilo novo delo. U tom slučaju rok naveden u stavu 2) tačka b) ovog člana počinje da teče tek kada izdato lice i u krivičnom postupku koji je pokrenut zbog tog dela bude konačno pušteno na slobodu.

Predaja predmeta

Član 18

(1) Ako se odobri izdavanje lica, bez posebne molbe se odobrava i predaja predmeta:

- a) koji mogu da posluže kao dokazno sredstvo;
b) koje je lice koje treba da se izda steklo krivičnim delom ili unovčavanjem predmeta koji potiču iz njega.

(2) Ako se ne može odobriti izdavanje koje bi prema ovom Ugovoru bilo dozvoljeno, jer je lice koje treba da se izda pobešlo ili umrlo ili nije moglo biti pronađeno na suverenoj teritoriji zamoljene države, ipak će se odobriti predaja predmeta.

(3) U svakom slučaju ne dira se u prava zamoljene države ili trećih lica na predmetima. S obzirom na takva prava posle završetka postupka u državi molilji, predmeti se vraćaju što pre i besplatno zamoljenoj državi. Ako bi takva prava bila povredjena predajom, predaja se neće dozvoliti.

(4) Za predaju predmeta prema ovom članu ne primenjuju se propisi o uvozu i izvozu predmeta i deviza.

Dokumentacija

Član 19

(1) Molbi za izdavanje prilaže se primerak ili overeni prepis (kopija) naloga za pritvaranje, izvršne osudjujuće presude, odluke o izricanju preventivne mere ili nekog drugog dokumenta istog dejstva. Ova dokumenta moraju biti potpisana od nadležnog sudije i imati službeni pečat.

(2) Ako to nije sadržano u dokumentima iz stava 1) ovog člana, prilaže se i:

- a) opis dela sa navodjenjem vremena i mesta izvršenja;
b) pravna kvalifikacija dela i prepis zakonskih odredaba koje treba primeniti ili koje su primenjene;
c) u slučaju molbe za izdavanje radi izvršenja kazne ili preventivne mere, dokumenta iz kojih proizilazi izvršnost odluke;
d) što tačniji podaci o licu čije se izdavanje traži, njegovom državljanstvu, mestu prebivališta ili boravišta.

Dopuna dokumentacije

Član 20

Ako zamoljena država smatra da podaci i dokumentacija koji su joj dostavljeni nisu dovoljni, zatražiće potrebnu dopunu. Za podnošenje ove dopune ona može da odredi primeran rok koji se može produžiti na obrazloženu molbu. U nedostatku dopune, o molbi za izdavanje odlučivaće se na osnovu postojećih podataka i dokumentacije.

Način opštenja

Član 21

(1) Molbe prema ovom Ugovoru dostavljaju se pismeno.

(2) Prepiska u stvarima izdavanja i tranzita, ako ovim Ugovorom nije drugačije određeno, vršiće se između Saveznog ministarstva za pravosuđe Republike Austrije i Saveznog sekretarijata za pravosuđe i organizaciju savezne uprave Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije. Ovim načinom diplomatski put nije isključen.

Jezik i legalizacija

Član 22

Molbe koje se podnose prema ovom Ugovoru i dokumentacija koja treba da se priloži, sačinjavaju se na jeziku države inililje. Nihova legalizacija nije potrebna. Prevodi se ne prilažu.

Pronalaženje i pritvor u postupku izdavanja

Član 23

Ako država molilja postavi zahtev za izdavanje koji odgovara odredbama ovog Ugovora, i dokaže da se lice čije izdavanje traži nalazi na suverenoj teritoriji zamoljene države, zamoljena država neodložno preduzima mere potrebne za njegovo pronalaženje. Ako je potrebno ona to lice pritvara prema

svom pravu ili donosi druge mere radi sprečavanja njegovog bekstva.

Privremeni pritvor u postupku izdavanja

Član 24

(1) U hitnim slučajevima država molilja može tražiti privremeno pritvaranje traženog lica. Takvu molbu mogu da upute pravosudni organi i najviši organi unutrašnjih poslova jedne države ugovornice odgovarajućim organima pravosudja ili unutrašnjih poslova druge države ugovornice. Zamoljena država odlučuje prema svom pravu o izricanju pritvora ili određivanju drugih mera radi sprečavanja bekstva traženog lica.

(2) U zahtevu za privremeno pritvaranje navodi se da se raspolože jednom od isprava navedenih u članu 19. stav 1) ovog Ugovora i da postoji namera da se podnese molba za izdavanje. Zahtev treba, takodje, da sadrži i kratak opis dela, uz navodjenje vremena i mesta izvršenja, zaprećene kazne ili kazne koja treba da se izvrši ili preventivne mere, kao i što tačnije podatke o licu koje treba da se izda, njegovom državljanstvu i mestu prebivališta ili boravišta.

(3) Zahtev prema stavu 1) ovog člana može se, takodje, podneti neposredno poštom, telexom ili putem Medjunarodne organizacije krivične policije — INTERPOL. Država molilja će biti odmah obavještena u kojoj meri je udovoljeno njenom zahtevu.

(4) Privremeni pritvor se može ukinuti ako molba za izdavanje i dokumentacija navedena u čl. 19. ovog Ugovora ne bude dostavljena u roku od 30 dana. Privremeni pritvor ni u kom slučaju ne sme trajati duže od 45 dana, računajući od dana pritvaranja. Privremeni pritvor može se uvek ukinuti ako zamoljena država preduzima druge mere koje smatra nužnim za sprečavanje bekstva traženog lica.

(5) Ukidanje privremenog pritvora ne sprečava ponovno pritvaranje niti izdavanje ako molba za izdavanje bude kasnije prispela.

Inicijativa za izdavanje

Član 25

(1) Ako nadležni organi jedne države ugovornice saznaju da se na suverenoj teritoriji te države ugovornice nalazi lice čije izdavanje može tražiti druga država ugovornica, oni mogu da privremeno pritvore to lice. Druga država ugovornica treba da bude odmah o tome obavještena na način iz člana 24. stav 3) ovog Ugovora uz navodjenje vremena i mesta pritvaranja.

(2) Država ugovornica obavještena po stavu 1) ovog člana saopštava neodložno najkasnije 15 dana od dana prijema obavještenja o pritvoru da li će podneti molbu za izdavanje. Molba za izdavanje mora da se dostavi u roku od 30 dana od dana obavještenja da će se tražiti izdavanje.

(3) Pritvor se ukida ako se u roku iz stava 2) ovog člana ne najavi molba za izdavanje ili se saopšti da se izdavanje ne traži.

(4) Ukidanje privremenog pritvora ne sprečava ponovno pritvaranje i izdavanje ako molba za izdavanje bude kasnije prispela.

Odluka o molbi za izdavanje

Član 26

(1) Zamoljena država odlučuje što pre o izdavanju i o svojoj odluci obavještava državu molilju.

(2) Potpuno ili delimično odbijanje izdavanja treba obrazložiti.

Postojanje više molbi za izdavanje

Član 27

(1) Ako izdavanje traži država ugovornica i treća država, zamoljena država odlučuje o prvenstvu uzimajući u obzir sve okolnosti, naročito mesto izvršenja krivičnog dela, vremenski redosled prijema molbi, državljanstvo lica koje treba da se izda, mogućnost njegovog daljeg izdavanja i ako se molba odnosi na razna dela, i težinu tih dela.

(2) Ako su molbe zasnovane na raznim delima i ako se daje prednost molbi treće države, zamoljena država će drugoj državi ugovornici, zajedno sa odlukom o molbi za izdavanje, saopštiti u kojoj meri se ona slaže sa eventualnim daljnim izdavanjem iz treće države drugoj državi ugovornici.

Predaja lica koje se izdaje

Član 28

(1) U slučaju odobrenja izdavanja zamoljena država saopštava kada je spremna za predaju. Države ugovornice se dogovaraju o vremenu i mestu predaje i za vreme predaje saopštavaju u kom vremenu se lice koje se izdaje nalazilo u pritvoru radi izdavanja.

(2) Lice koje treba da se izda može se pustiti na slobodu ako se ne preuzme u roku od 15 dana od dana za koji je zamoljena država spremna za predaju. Posle isteka 30 dana od tog dana ono se u svakom slučaju pušta iz pritvora i molba za izdavanje se smatra bespredmetnom.

(3) Ako je predaja lica koje treba da se izda sprečena zbog njegovog zdravstvenog stanja ili drugih vanrednih razloga, države ugovornice će se o tome uzajamno obavestiti i po prestanku smetnji dogovoriti o utvrđivanju novog termina za predaju, od kada će se računati rokovi iz stava 2. ovog člana.

Odlaganje i uslovna predaja

Član 29

(1) Zamoljena država može posle odobrenja izdavanja da odloži predaju lica koje treba da se izda da bi sprovela krivični postupak protiv njega zbog nekog drugog krivičnog dela ili da bi izvršila kaznu lišenja slobode ili preventivnu meru koju su izrekli njeni sudovi.

(2) Ako se odloži predaja, zamoljena država, na zahtev države molilje, može da joj privremeno preda lice koje treba da se izda, radi sprovođenja hitnih procesnih radnji. Procesne radnje treba bliže opisati u molbi.

(3) Država molilja će držati u pritvoru lice privremeno predato i odmah ga vratiti posle sprovođenja procesne radnje. Pritvor proveden na suverenoj teritoriji države molilje uračunat će se u kaznu koja će se izreći ili je izrečena u zamoljenoj državi.

Prateće osoblje

Član 30

(1) Prateće osoblje koje treba lice koje se izdaje da dovede na suverenu teritoriju druge države ugovornice ili da ga odvede sa te teritorije, ima pravo na suverenoj teritoriji druge države ugovornice da preduzima potrebne mere do predaje ili posle preuzimanja lica koje se izdaje da bi sprečilo njegovo bekstvo.

(2) Pratećem osoblju je dozvoljeno pri obavljanju službene dužnosti na suverenoj teritoriji druge države ugovornice nošenje službene odeće, potrebnog službenog oružja i predmeta opreme. Oružje se sme upotrebiti samo u slučaju nužne odbrane.

Stvarna predaja predmeta

Član 31

(1) Predmeti čija je predaja odobrena prema članu 18. ovog Ugovora predaju se ako je moguće istovremeno sa licem koje se izdaje.

(2) Predaja predmeta u svrhu uručivanja oštećenom može da se obavi uz saglasnost druge države ugovornice još pre odobrenja predaje lica, ako je lice koje se izdaje saglasno sa neposrednim vraćanjem predmeta oštećenom.

Primena procesnog prava i obaveštenja

Član 32

(1) Ako ovim Ugovorom nije drukčije određeno za postupak u vezi izdavanja i pritvor na suverenoj teritoriji zamoljene države primenuje se njeno pravo.

(2) Ako se lice izdaje radi krivičnog gonjenja, država molilja obavestava zamoljenu državu o rezultatu krivičnog postupka. Ako o ovome postoji pravnosnažna odluka, ona se dostavlja u primerku ili overenom prepisu (kopiji).

Tranzit

Član 33

(1) Tranzit lica koje treba da se izda od strane treće države jednoj državi ugovornici preko teritorije druge države ugovornice, biće odobren pod istim uslovima kao izdavanje.

(2) Ako ovim Ugovorom nije drukčije određeno, njegove odredbe važe i za tranzit.

(3) Zamoljena država može da odbije tranzit ako se molba odnosi na lice protiv koga se u toj državi vodi krivični postupak ili postoji izvršna osudjujuća presuda, ili ako bi tranzit mogao da povredi bitne interese te države.

(4) Za vreme trajanja tranzita zamoljena država treba da drži u pritvoru lice koje se tranzitira. Zbog dela koja su učinjena pre tranzita ona to lice ne sme da goni niti da mu izrekne kaznu ili preventivnu meru bez saglasnosti države koja treba da izvrši izdavanje.

(5) Neće se odobravati tranzit sopstvenih državljana.

Tranzit vazдушnim putem

Član 34

(1) Ako u izvršenju izdavanja jedno lice treba da se prebaci iz treće države u državu ugovornicu vazдушnim putem bez međjusletanja preko suverene teritorije druge države ugovornice, nije potrebno izričito odobrenje države ugovornice preko koje se preleće. Ta država će unapred biti obavestena od države molilje da postoji jedan od dokumenata u članu 19. stav 1) ovog Ugovora, da lice koje se prevozi nije državljanin države ugovornice preko koje se preleće, da se lice ne goni zbog dela vojnog ili političkog karaktera, da se prema njemu neće izvršiti ni jedna kazna ili preventivna mera dosudjena za takvo delo i da se ne radi o slučaju iz člana 10. ovog Ugovora.

(2) Za slučaj nepredviđenog međusletanja na suverenu teritoriju države preko koje se preleće, obaveštenje u smislu stava 1. ovog člana ima ista dejstva kao molba za pritvaranje koja je predviđena u članu 24. ovog Ugovora.

Tranzitiranje radi izvršenja

Član 35

Odredbе o tranzitu (član 33. i 34. ovog Ugovora) primeniće se analogno i na predavanje lica koje se tranzitira preko suverene teritorije jedne države ugovornice na suverenu teritoriju druge države ugovornice radi izvršenja kazne ili preventivne mere koju je izrekao sud treće države za neko krivično delo. Isto važi ako je neko lice osuđeno u jednoj državi ugovornici i sprovodi se preko suverene teritorije druge države ugovornice radi izvršenja kazne na suverenu teritoriju treće države.

Troškovi

Član 36

Troškovi koji su nastali u vezi izdavanja, uslovne predaje lica u smislu člana 29. stav 2) ovog Ugovora ili predaje predmeta na njenoj teritoriji snosi zamoljena država. Država molilja snosi troškove avionskog prevoza koji su nastali zbog predaje koja je na njen zahtev izvršena vazdušnim putem i troškove koji su nastali zbog tranzita.

Definicije

Član 37

- (1) U smislu ovog Ugovora »jezik države molilje« podrazumeva:
- a) za teritoriju Republike Austrije nemački jezik;
 - b) za celokupnu teritoriju Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije srpsko-hrvatski, hrvatski književni, slovenački i makedonski jezik.

(2) U smislu ovog Ugovora pojam »preventivna mera« označava:

- a) u Republici Austriji svaka mera koja ograničava slobodu koja je izrečena presudom krivičnog suda pored ili umesto neke kazne;
- b) u Socijalističkoj Federativnoj Republici Jugoslaviji mere bezbednosti, vaspitne mere i mere zaštitnog nadzora u vezi uslovne osude, koje su predviđene u krivičnom zakonodavstvu Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije.

(3) U smislu ovog Ugovora »pravosudnim organima« smatraju se:

- a) u Republici Austriji sudovi, državna tužilaštva i Savezno ministarstvo za pravosuđe;
- b) u Socijalističkoj Federativnoj Republici Jugoslaviji redovni sudovi, javna tužilaštva i Savezni sekretarijat za pravosuđe i organizaciju savezne uprave.

(4) U smislu ovog Ugovora »najvišim organima unutrašnjih poslova« smatraju se:

- a) u Republici Austriji Savezno ministarstvo za unutrašnje poslove;
- b) u Socijalističkoj Federativnoj Republici Jugoslaviji Savezni sekretarijat za unutrašnje poslove.

(5) Ako je trajanje izvršenja preventivne mere neodređeno, onda je za ocenu da li ona iznosi najmanje 4 meseca (član 2. stav 2) ovog Ugovora) merodavan trenutak u kome mera najkasnije mora da se ukine prema pravu države molilje.

Završne odredbe

Član 38

Ovaj Ugovor podleže ratifikaciji. Ratifikacioni instrumenti razmeniće se u Beču.

Član 39

(1) Ovaj Ugovor stupa na snagu prvog dana trećeg meseca, posle razmene ratifikacionih instrumenata.

(2) Ovaj Ugovor se zaključuje na neodređeno vreme. Njega može pisмено otkazati svaka država

ugovornica diplomatskim putem sa otkaznim rokom od 6 meseci.

Sačinjeno dana 1. februara 1982. godine u Beogradu u dva originalna primerka na nemačkom i srpsko-hrvatskom jeziku, pri čemu oba teksta imaju istu važnost.

Za Republiku
Austriju:

Dr. BRODA

Za Socijalističku Federativnu Republiku
Jugoslaviju:

BANOVIĆ

[TRANSLATION — TRADUCTION]

TREATY¹ BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF AUSTRIA AND
THE SOCIALIST FEDERAL REPUBLIC OF YUGOSLAVIA ON
EXTRADITION

The Federal President of the Federal Republic of Austria and the Presidium of the Socialist Federal Republic of Yugoslavia,

Desiring to strengthen and facilitate relations between the two States in legal matters, have agreed to conclude a treaty on extradition and for that purpose have agreed as follows:

Article 1

OBLIGATION TO EXTRADITE

The Contracting States undertake to extradite to each other, upon request and subject to the provisions and conditions hereinafter laid down, persons who are being proceeded against in the requesting State for an offence or who are wanted for the carrying out of a sentence or preventive measures.

Article 2

EXTRADITABLE OFFENCES

1. Extradition shall be granted in respect of offences punishable under the laws of both Contracting States by deprivation of liberty for a term of more than one year or preventive measures for this term or by a more severe penalty.

2. Extradition shall be granted for the carrying out of a sentence or preventive measures imposed in connection with one or more of the offences referred to in paragraph 1 provided that the term of the sentences or measures or the part of the term remaining to be served amounts to at least four months. Extradition shall also be granted where, in the case of several sentences or measures, the sum of the terms to be served amounts to at least four months.

3. Where extradition is granted in accordance with paragraphs 1 and 2, it shall also be granted, at the same time or subsequently, in respect of other offences punishable under the laws of both Contracting States and in respect of sentences involving deprivation of liberty or preventive measures, in which case the provisos specified in those paragraphs concerning the term of the sentences or measures shall not apply.

Article 3

NON-EXTRADITION OF A NATIONAL

Nationals of the requested State shall not be extradited.

¹ Came into force on 1 January 1984, i.e., the first day of the third month following the exchange of the instruments of ratification, which took place at Vienna on 21 October 1983, in accordance with article 39 (1).

*Article 4*REFUSAL OF EXTRADITION ON THE GROUND OF ASYLUM
OR INTERNATIONAL LEGAL OBLIGATIONS

Extradition shall not be granted:

1. If the person sought has been granted asylum in the territory of the requested State;
2. If extradition would not be compatible with obligations of the requested State under multilateral conventions.

Article 5

POLITICAL OFFENCES

1. Extradition shall not be granted if it is sought in respect of an offence which, in the view of the requested State, is a political offence.
2. An extraditable offence against life, including attempts or complicity, and any other extraditable offence in which, taking into consideration all the circumstances of a particular case, especially the manner of perpetration, the means used or threatened, or the severity of the actual or envisaged consequences, the criminal character of the act outweighs its political character, shall not be regarded as a political offence.

Article 6

MILITARY OFFENCES

Extradition shall not be granted if it is sought in respect of an offence which, in the view of the requested State, consists solely of a violation of military obligations.

Article 7

FISCAL OFFENCES

Extradition shall not be granted if it is sought in respect of an offence which, in the view of the requested State, is solely a violation of tax, monopoly, customs or exchange regulations or of regulations concerning the control of goods or concerning external trade.

*Article 8*PRINCIPLE OF *NON BIS IN IDEM*

1. Extradition shall not be granted if criminal proceedings have been terminated in the requested State against the person sought in respect of the offence for which extradition is requested.
2. An acquittal or a dismissal solely on the ground of a lack of jurisdiction shall not preclude extradition.

3. Extradition shall also not be granted if the person sought has been acquitted or found guilty in a third State of the offence for which extradition is requested and the full sentence imposed has already been served or the preventive measures have been fully carried out, or the entire sentence or measures of the part not yet served or carried out has been permitted or the carrying out thereof is barred by lapse of time under the law of that State.

Article 9

LAPSE OF TIME

Extradition shall not be granted if prosecution or the carrying out of the sentence or preventive measures is barred by lapse of time under the law of either of the two Contracting States.

Article 10

CAPITAL PUNISHMENT

If any of the offences for which extradition is requested is punishable by death under the law of the requesting State but not under the law of the requested State, only a sentence of deprivation of liberty shall be imposed or carried out, in lieu of the death penalty, in the requesting State.

Article 11

JURISDICTION OF THE REQUESTED STATE

1. Extradition shall not be granted in respect of an offence which is under the jurisdiction of the requested State.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1, extradition may be granted if it is being granted in connection with another offence and if adjudication in the requesting State for all offences is expedient in the interest of ascertaining the truth, for reasons of awarding the punishment or other reasons essential to the proceedings, for reasons of carrying out the sentence or in the interest of the rehabilitation of the extradited person.

Article 12

SPECIAL CASES

1. Extradition shall not be granted in respect of an offence which is punishable under the law of both Contracting States by a penalty of imprisonment not exceeding five years or by preventive measures of this duration and if extradition would obviously be a disproportionate hardship for the person sought because of his age, his long-established residence in the requested State or for other important reasons rooted in his personal circumstances.

2. If extradition is not granted for the reasons listed in paragraph 1, the requested State shall verify whether criminal proceedings are under way against the person sought for the offence for which extradition is requested. The requesting

State shall be informed of the results of this investigation and of any criminal proceedings that have commenced.

Article 13

AMNESTY

The proclamation of an amnesty in the requested State shall preclude extradition only if the offence is subject to the jurisdiction of that State.

Article 14

SPECIAL COURTS

A person whose extradition is requested shall not be brought before a special court in the requesting State. Extradition shall not be granted for the carrying out of a sentence or preventive measures imposed by a special court.

Article 15

PROCEDURAL REQUIREMENTS

The absence of any declaration of the injured party for the institution of criminal proceedings that may be required under the law of the requested State shall not prevent extradition.

Article 16

JUDGEMENT *IN ABSENTIA*

Extradition for the carrying out of a final sentence or preventive measures imposed on the basis of proceedings conducted in the absence of the person sought shall be granted only if the requesting State ensures that, following extradition, new proceedings will be conducted under its laws in the presence of the person sought.

Article 17

RULE OF SPECIALITY

1. The extradited person shall not be proceeded against, sentenced or deprived of his liberty in any way, or re-extradited to a third State, for any offence committed prior to his surrender but not covered by the extradition order or for any other reason arising before his surrender.

2. The limitations under paragraph 1 shall not apply:

(a) If the State which surrendered the person consents to the proceedings or to the carrying out of a court-imposed sentence or preventive measures. The request for consent shall be accompanied by the documents referred to in article 19 and a legal record indicating the views of the extradited person concerning the proposed expansion of the proceedings or of the carrying out of a sentence or preventive measures. Consent shall be given if the offence in respect of which it is requested entails the obligation to grant extradition under this Treaty;

(b) If the extradited person remains more than 45 days after his final discharge in the requesting State, even though free and able to leave, or if he freely returns to that State after having left it.

3. When the description of the offence charged is altered in the course of proceedings in the requesting State from the description in the extradition proceedings, the extradited person shall be proceeded against or sentenced only in so far as the new description also supports extradition, where the constituent elements of the offence remain the same;

4. Within the period referred to in paragraph 2 (b), an extradited person shall be allowed to leave the territory of the requesting State, unless he has committed another offence after his surrender. In that case, the period referred to in paragraph 2 (b) shall not begin to run until he has been finally discharged also in respect of the proceedings instituted in connection with that offence.

Article 18

HANDING OVER OF PROPERTY

1. Where the extradition of a person is agreed to, the requested State shall also hand over, without special request, property:

(a) Which may be required as evidence, or

(b) Which the person sought acquired as a result of the offence or the sale of property derived therefrom.

2. If an extradition request which would be permissible under this Treaty cannot be granted because the person sought has fled or died or cannot be found in the territory of the requested State, the handing over of property shall nonetheless be granted.

3. Any rights which the requested State or third Parties may have in the property shall in every case be preserved. Where these rights exist, the property shall be returned without charge to the requested State as soon as possible after the completion of proceedings in the requesting State. If such rights would be impaired by the handing over of the property, it shall not be agreed to.

4. Where property is handed over in accordance with this article, regulations restricting the import and export of property and currency shall not apply.

Article 19

DOCUMENTS

1. The request for extradition shall be supported by the original or an authenticated copy of the warrant of arrest or of the final conviction and sentence, order for the imposition of preventive measures or other document having the same effect. Such documents must be signed by the competent judge or State counsel and bear the official seal of the requesting authority.

2. The following shall also be attached, to the extent that they are not included in the document referred to in paragraph 1:

(a) A statement of the offence with an indication of the place and time of its commission;

(b) A legal description of the offence and a copy of the legal provisions that are applicable or have been applied;

(c) In the case of a request for extradition for the carrying out of a sentence or preventive measures, documents evidencing the enforceability of the sentence or order;

(d) As accurate a description as possible of the person sought, his nationality and his place of residence or whereabouts.

Article 20

SUPPLEMENTARY DOCUMENTS

If the requested State considers that the information and supporting documents communicated to it are insufficient, it shall request the necessary supplementary information. It may fix a reasonable time-limit for the receipt of such supplementary information, which may be extended upon submission of a well-founded request. In the absence of such supplementary information, the decision on the request for extradition shall be taken on the basis of the available information and supporting documents.

Article 21

MEANS OF COMMUNICATION

1. Requests under this Treaty shall be in writing.

2. Except as otherwise provided in this Treaty, communication in writing concerning extradition and surrender shall take place between the Federal Ministry of Justice of the Republic of Austria and the Federal Secretariat for Justice and Organization of Federal Administration of the Socialist Federal Republic of Yugoslavia. This shall not exclude use of the diplomatic channel.

Article 22

LANGUAGE, AUTHENTICATION

Requests under this Treaty and the accompanying documents shall be set forth in the language of the requesting State. They shall not require authentication. Translations shall not be attached.

Article 23

INVESTIGATION AND ARREST

If the requesting State submits a request for extradition in conformity with the provisions of this Treaty and provides good reason for believing that the person sought is in the territory of the requested State, the latter shall immediately take the necessary measures to trace him. If necessary, the requested State shall, in accordance with its law, detain the person sought or take other measures to prevent his escape.

Article 24

PROVISIONAL ARREST WITH A VIEW TO EXTRADITION

1. In urgent cases the requesting State may request the provisional arrest of the person sought. Such a request may be addressed by the judicial authorities and the senior police authorities of either Contracting State to the respective judicial and police authorities of the other Contracting State. The requested State shall decide in accordance with its law whether to order provisional arrest or other measures to prevent the escape of the person sought.

2. The request for provisional arrest shall state that one of the documents referred to in article 19, paragraph 1, exists and that it is intended to submit a request for extradition. The request shall also include a brief statement of the offence with an indication of the time and place of its commission, details of the penalty involved or the sentence or preventive measures to be carried out, and as accurate a description as possible of the person sought, his nationality and his place of residence or whereabouts.

3. A request pursuant to paragraph 1 may be transmitted directly by post or telegraph or through the International Criminal Police Organization (INTERPOL). The requesting State shall be informed without delay of the extent to which its request has been complied with.

4. Provisional arrest may be terminated if, within a period of 30 days after arrest, the request for extradition and the documents mentioned in article 19 have not been transmitted. Provisional arrest with a view to extradition shall, in any case, not exceed 45 days from the date of such arrest. Provisional arrest with a view to extradition may be terminated at any time if the requested State takes other measures which it considers necessary to prevent the escape of the person sought.

5. Termination of provisional arrest with a view to extradition shall not prejudice re-arrest and extradition if a request for extradition is received subsequently.

Article 25

INITIATION OF EXTRADITION

1. If the competent authorities of a Contracting State learn that a person whose extradition may be requested by the other Contracting State is in the territory of the first-mentioned State, they may place him under provisional arrest. The other Contracting State shall be informed without delay, with an indication of the date of arrest and the place of detention, through the channels described in article 24, paragraph 3.

2. The Contracting State receiving the information pursuant to paragraph 1 shall signify within 15 days from the date on which notification of arrest is received whether it intends to submit a request for extradition. The request for extradition must be sent within 30 days from the date of notification of the extradition request.

3. Arrest shall be terminated if, within the period referred to in paragraph 2, no extradition request is notified or it is signified that extradition will not be requested.

4. Termination of provisional arrest with a view to extradition shall not prejudice re-arrest and extradition if a request for extradition is received subsequently.

Article 26

DECISION ON THE EXTRADITION REQUEST

1. The requested State shall take a decision with regard to extradition as soon as possible and shall inform the requesting State of its decision.
2. Reasons shall be given for any incomplete or partial rejection of extradition.

Article 27

EXTRADITION REQUESTS FROM MORE THAN ONE STATE

1. If requests for extradition are received from a Contracting State and from a third State, the requested State shall decide which State has precedence having regard to all the circumstances, especially the place of commission of the offences, the order in which the requests were received, the nationality of the person sought, the possibility of subsequent extradition and, if the requests concern different offences, the seriousness of the offences.
2. If the request is based on several offences and the request of the third State is given precedence, the requested State shall simultaneously inform the other Contracting State of its decision with regard to the request for extradition and of the extent to which it consents to any re-extradition from the third State to the other Contracting State.

Article 28

SURRENDER OF THE PERSON SOUGHT

1. If extradition is granted, the requested State shall signify when it will be prepared to surrender the person sought. The Contracting States shall agree on the time and place of the surrender, and shall make known at the time of surrender the length of time for which the person sought was detained with a view to surrender.
2. The person sought may be released if he is not taken over within 15 days from the date on which the requested State was prepared to surrender him. He shall in any case be released after the expiry of 30 days from that date, and the request for extradition shall be considered void.
3. If the state of health of the person sought or other exceptional circumstances prevent his surrender, the Contracting States shall notify each other of that fact and, following removal of the impediment, shall agree upon a new date for surrender. The periods mentioned in paragraph 2 shall thereafter begin to apply.

Article 29

POSTPONED OR CONDITIONAL SURRENDER

1. The requested State may, after granting extradition, postpone the surrender of the person sought in order that he may be proceeded against by that State for

another offence or in order that a sentence of deprivation of liberty or preventive measures imposed on him by its courts for another offence may be carried out.

2. If surrender is postponed, the requested State may, at the request of the requesting State, temporarily surrender the person sought in order that the urgent judicial proceedings may be carried out. Details of the proceedings shall be included in the request.

3. The requesting State shall hold the person temporarily surrendered in detention and shall return him immediately after the judicial proceedings have been carried out. The time spent in detention in the territory of the requesting State shall be deducted from any sentence imposed or to be imposed in the requested State.

Article 30

ESCORT PERSONNEL

1. Escort personnel assigned to convey a person sought to or from the territory of the other Contracting State shall be entitled, in the territory of the other Contracting State, to take the necessary precautions to prevent his escape up to the time of his surrender or after his taking over, as the case may be.

2. Escort personnel shall be permitted to wear their uniforms and to bring with them into the territory of the other Contracting State the necessary weapons and equipment. Air travel may be used where necessary.

Article 31

SURRENDER OF PROPERTY

1. Property whose handing over is granted in accordance with article 18 shall, if possible, be handed over at the same time as the person sought.

2. The surrender of property for the purpose of its handing over to the injured party may, with the agreement of the other Contracting State, take place before the granting of extradition, if the person sought agrees that it shall be returned directly to the injured party.

Article 32

APPLICABLE PROCEDURAL LAW AND NOTIFICATION

1. Subject to the provisions of this Treaty, the procedure with regard to extradition and provisional arrest in the territory of the requested State shall be governed by the law of that State.

2. If a person is extradited to be imprisoned, the requesting State shall inform the requested State of the result of the criminal proceeding. If there is a legally binding decision in the matter, it shall be transmitted in the original or in a certified true copy.

Article 33

TRANSIT

1. Transit of a person to be extradited by a third State to a Contracting State through the territory of the other Contracting State shall be granted on the same conditions as extradition.
2. Except as otherwise provided in this Treaty, its provisions shall also apply to transit.
3. Transit may be refused by the requested State if the request relates to a person against whom criminal proceedings are pending or who has been finally convicted and sentenced in that State or if transit might prejudice vital interests of that State.
4. The requested State shall hold the person to be conveyed in transit in custody throughout the period of transit. It shall not proceed against him or carry out any sentence or preventive measures in respect of offences committed prior to transit except with the consent of the extraditing State.
5. Transit of a State's own nationals shall not be permitted.

Article 34

TRANSIT BY AIR

1. If a person in the process of extradition transits from a third State to a Contracting State by air without intermediate stops through the territory of the other Contracting State, the express consent of the Contracting State which is overflowed shall not be required. That State shall be notified in advance by the requesting State that one of the documents specified in article 19, paragraph 1, exists, that the person to be conveyed in transit is not a national of the Contracting State overflowed, that the offence for which he is being extradited is not a military or political offence, that no punishment that has been imposed or measures that have been declared in respect of such an offence will be enforced against him, and that no case under article 10 is pending.
2. In case of an unforeseen intermediate stop in the territory of the State overflowed, notification in accordance with paragraph 1 shall have the same effects as the request for provisional arrest referred to in article 24.

Article 35

CONVEYING OF A PERSON IN TRANSIT FOR ENFORCEMENT

The provisions concerning conveying of a person in transit (articles 33 and 34) shall also apply, *mutatis mutandis*, to the surrender of a person being conveyed through the territory of either Contracting State to the territory of the other Contracting State for enforcement of a penalty of deprivation of liberty or preventive measures declared by a court of a third State. The same shall apply if a person is sentenced in either Contracting State and conveyed through the territory of the other Contracting State for enforcement in the territory of a third State.

Article 36

EXPENSES

Expenses incurred in its territory in connection with extradition, conditional surrender of a person in accordance with article 29, paragraph 2, or handing over of property shall be borne by the requested State. The requesting State shall defray the air travel costs associated with the handing over of property which, at its request, takes place through air transit, and the expenses incurred in connection with the conveying of a person in transit.

Article 37

DEFINITIONS

1. Within the meaning of this Treaty, “language of the requesting State” means:

(a) In the territory of the Republic of Austria, the German language;

(b) In the whole territory of the Socialist Federal Republic of Yugoslavia, the Serbo-Croatian language, the Croatian written language and the Slovenian and Macedonian languages.

2. Within the meaning of this Treaty, the expression “preventive measures” means:

(a) In the Republic of Austria, any measure restricting liberty which is imposed through the judgement of a criminal court in addition to or in lieu of punishment;

(b) In the Socialist Federal Republic of Yugoslavia, security and correctional measures and measures of surveillance in connection with conditional reduction of sentence which are provided for under the criminal law of the Socialist Federal Republic of Yugoslavia.

3. Within the meaning of this Treaty, “the judicial authorities” means:

(a) In the Republic of Austria, the courts, the public prosecutor’s office and the Federal Ministry of Justice;

(b) In the Socialist Federal Republic of Yugoslavia, the ordinary courts, the public prosecutor’s office and the Federal Secretariat for Justice and Organization of the Federal Administration.

4. Within the meaning of this Treaty, “senior police authorities” means:

(a) In the Republic of Austria, the Federal Ministry of the Interior;

(b) In the Socialist Federal Republic of Yugoslavia, the Federal Secretariat for Internal Affairs.

5. If the period of enforcement of preventive measures is not specified, it shall, for the purpose of determining whether it is less than four months (article 2, paragraph 2), be deemed to run until the latest date on which it must be ended under the law of the requesting State.

Article 38

FINAL PROVISIONS

This Treaty shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged at Warsaw.

Article 39

1. The Treaty shall enter into force on the first day of the third month following the month during which the instruments of ratification are exchanged.

2. The Treaty is concluded for an indefinite period. It may be terminated by either Contracting Party by means of notice in writing through the diplomatic channel six months before its expiry.

DONE at Belgrade on 1 February 1982, in duplicate in the German and Serbo-Croatian languages, both texts being equally authentic.

For the Republic
of Austria:

Dr BRODA

For the Socialist Federal Republic
of Yugoslavia:

BANOVIĆ

[TRADUCTION — TRANSLATION]

TRAITÉ D'EXTRADITION¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE
ET LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRATIVE SOCIALISTE DE YOUGO-
SLAVIE

Le Président fédéral de la République d'Autriche et le Présidium de la République fédérative socialiste de Yougoslavie,

Désireux d'approfondir les relations juridiques entre les deux Etats et de faciliter leurs rapports dans le domaine judiciaire, ont décidé de conclure un traité d'extradition et sont convenus à cette fin de ce qui suit :

Article premier

OBLIGATION D'EXTRADER

Les Etats contractants s'engagent à se livrer réciproquement, sur demande et selon les dispositions et conditions ci-après, les personnes poursuivies pour une infraction ou recherchées aux fins d'exécution d'une peine ou d'une mesure de sûreté dans l'Etat requérant.

Article 2

FAITS DONNANT LIEU À EXTRADITION

1) Donnent lieu à extradition les faits qui, aux termes de la législation des deux Etats contractants, constituent des infractions passibles d'une peine privative de liberté de plus d'un an ou d'une mesure de sûreté de cette durée ou d'une peine plus sévère.

2) L'extradition aux fins d'exécution d'une peine ou d'une mesure de sûreté prononcée à titre définitif pour un ou plusieurs des faits visés au paragraphe 1 n'est accordée que si la durée de la peine ou de la mesure de sûreté ou la durée restant à courir sur cette peine ou cette mesure est d'au moins quatre mois. L'extradition est également accordée dans le cas de plusieurs peines ou mesures de sûreté dont la durée totale est d'au moins quatre mois.

3) Si l'extradition est accordée en application des paragraphes 1 ou 2, elle est également accordée simultanément ou ultérieurement pour d'autres infractions qui, selon la législation des deux Etats contractants, sont considérées comme des infractions pénales et aux fins de l'exécution d'une peine privative de liberté ou d'une mesure de sûreté sanctionnant ces infractions, si celle-ci ne remplissent pas les conditions relatives à la durée de la peine visées dans lesdits paragraphes.

Article 3

NON-EXTRADITION DES NATIONAUX

L'Etat requis n'extrade pas ses ressortissants.

¹ Entré en vigueur le 1^{er} janvier 1984, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Vienne le 21 octobre 1983, conformément au paragraphe 1 de l'article 39.

*Article 4*REFUS D'EXTRADITION AU TITRE DU DROIT D'ASILE OU D'OBLIGATIONS
DÉCOULANT DU DROIT INTERNATIONAL

L'extradition n'est pas accordée :

- 1) Lorsque la personne à extrader jouit du droit d'asile sur le territoire de l'Etat requis;
- 2) Lorsque l'extradition serait incompatible avec des obligations qui incombent à l'Etat requis en vertu de conventions multilatérales.

Article 5

INFRACTIONS POLITIQUES

- 1) L'infraction n'est pas accordée lorsqu'elle est demandée pour un fait considéré par l'Etat requis comme une infraction à caractère politique.
- 2) Un attentat à la vie, y compris la tentative et la complicité, ainsi que toute autre infraction dans laquelle le caractère criminel de l'acte prévaut sur son caractère politique, compte tenu de toutes les circonstances du cas d'espèce, notamment la manière dont l'acte a été commis, le moyen que l'auteur a employé ou menacé d'employer, ou la gravité des conséquences survenues ou recherchées, n'est pas considéré comme une infraction à caractère politique.

Article 6

INFRACTIONS MILITAIRES

L'extradition n'est pas accordée lorsqu'elle est demandée pour un fait considéré par l'Etat requis comme consistant exclusivement en une violation des devoirs militaires.

Article 7

INFRACTIONS FISCALES

L'extradition n'est pas accordée lorsqu'elle est demandée pour un fait considéré par l'Etat requis exclusivement comme une infraction à la réglementation fiscale, douanière, des changes ou des monopoles ou comme une infraction aux règlements concernant le contingentement des marchandises ou le commerce extérieur.

*Article 8*RÈGLE *NON BIS IN IDEM*

- 1) L'extradition n'est pas accordée lorsque les poursuites engagées contre la personne à extrader dans l'Etat requis en raison de l'infraction pour laquelle l'extradition est demandée sont définitivement terminées.
- 2) L'acquiescement ou l'abandon des poursuites pour défaut de juridiction ne s'oppose pas à l'extradition.

3) L'extradition n'est pas non plus accordée lorsque la personne à extraditer a été définitivement acquittée ou jugée coupable dans un Etat tiers en raison de l'infraction pour laquelle l'extradition est demandée et lorsque la peine ou la mesure de sûreté prononcée à son encontre a déjà été purgée en tout ou partie ou a été remise pour la portion non encore purgée ou lorsqu'il y a eu prescription conformément à la législation de l'Etat tiers.

Article 9

PRESCRIPTION

L'extradition n'est pas accordée lorsque la prescription des poursuites ou de l'exécution de la peine ou de la mesure de sûreté est acquise en vertu de la législation de l'un des deux Etats contractants.

Article 10

PEINE CAPITALE

Si le fait pour lequel l'extradition est demandée est passible de la peine capitale selon la législation de l'Etat requérant mais pas selon celle de l'Etat requis, il ne peut être prononcé ou exécuté dans l'Etat requérant qu'une peine privative au lieu de la peine capitale.

Article 11

JURIDICTION DE L'ETAT REQUIS

1) L'extradition n'est pas accordée pour un fait qui relève de la juridiction de l'Etat requis.

2) L'extradition peut être accordée nonobstant le paragraphe 1, si elle est accordée pour un autre fait et que le jugement de tous les faits est demandé dans l'Etat requérant dans l'intérêt de l'établissement de la vérité, pour des motifs de fixation de la peine ou pour d'autres motifs importants pour la procédure, pour des motifs d'exécution de la peine ou de réinsertion de la personne à extraditer.

Article 12

CAS PARTICULIERS

1) L'extradition n'est pas accordée pour un fait passible, selon la législation des deux Etats contractants, d'une peine privative de liberté n'excédant pas cinq ans ou d'une mesure de sûreté de cette durée, lorsque l'extradition frapperait manifestement la personne à extraditer de manière excessivement dure en raison de son âge, du fait qu'elle séjourne depuis longtemps dans l'Etat requis ou pour d'autres motifs graves ayant trait à sa situation personnelle.

2) Si une extradition n'est pas accordée pour les motifs visés au paragraphe 1, l'Etat requis examine s'il faut engager des poursuites contre la personne à extraditer pour le fait à raison duquel l'extradition est demandée. L'Etat requérant doit être informé du résultat de cet examen et des poursuites éventuellement engagées.

Article 13

AMNISTIE

Une amnistie accordée dans l'Etat requis ne s'oppose à l'extradition que si le fait relève de la juridiction de cet Etat.

Article 14

TRIBUNAUX D'EXCEPTION

La personne dont l'extradition est demandée ne peut être traduite devant un tribunal d'exception dans l'Etat requérant. L'extradition aux fins d'exécution d'une peine ou d'une mesure de sûreté prononcée par un tel tribunal n'est pas accordée.

Article 15

CONDITIONS REQUISES POUR LES POURSUITES

L'absence d'une déclaration de la personne lésée, requise pour engager des poursuites selon la législation de l'Etat requis, ne s'oppose pas à l'extradition.

Article 16

JUGEMENTS PAR DÉFAUT

L'extradition aux fins d'exécution d'une peine ou d'une mesure de sûreté prononcée à l'issue d'une procédure judiciaire exécutée en l'absence de la personne à extradier n'est accordée que si l'Etat requérant donne l'assurance que les poursuites seront réengagées après l'extradition, conformément à sa législation, en présence de la personne à extradier.

Article 17

RÈGLE DE LA SPÉCIALITÉ

1) La personne à extradier ne peut être poursuivie, jugée ni soumise à une restriction quelconque de sa liberté ni livrée à un Etat tiers pour un fait antérieur à sa remise auquel ne s'étend pas la décision d'extradition ou pour un autre motif antérieur à sa remise.

2) La limite visée au paragraphe 1 ne s'applique pas :

a) Lorsque l'Etat qui a extradé la personne consent aux poursuites ou à l'exécution d'une peine ou d'une mesure de sûreté prononcée par un tribunal. La demande de consentement doit être accompagnée des pièces visées à l'article 19 et d'un procès-verbal établi par le tribunal consignait l'avis de l'extradé sur l'extension envisagée des poursuites judiciaires ou des mesures d'exécution. Le consentement est donné lorsque l'infraction pour laquelle il est demandé entraîne elle-même l'obligation d'extradier aux termes du présent Traité;

b) Lorsque la personne extradée, ayant eu la possibilité et l'autorisation de quitter le territoire de l'Etat requérant, y est néanmoins demeurée plus de 45 jours

après son élargissement définitif ou y est retournée de son plein gré après l'avoir quitté.

3) Lorsque la qualification juridique donnée au fait incriminé lors de la procédure engagée dans l'Etat requérant est différente de celle qui lui était donnée dans le cadre de la procédure d'extradition, la personne extradée ne peut être poursuivie ou jugée que dans la mesure où la nouvelle qualification donne aussi lieu à extradition, les éléments constitutifs étant les mêmes.

4) Pendant la période visée à l'alinéa *b* du paragraphe 2, la personne extradée est autorisée à quitter le pays, à moins qu'elle n'ait commis une nouvelle infraction après son extradition. En pareil cas, le délai visé à l'alinéa *b* du paragraphe 2 ne commence à courir qu'à compter de l'élargissement définitif de la personne extradée après l'accomplissement de la procédure pénale engagée pour cette dernière infraction.

Article 18

REMISE D'OBJETS

1) Si l'extradition d'une personne est accordée, la remise des objets ci-après est également accordée sans qu'il soit besoin de demande particulière :

a) Les objets qui peuvent servir de pièces à conviction;

b) Les objets qui proviennent de l'infraction ou qui ont été acquis par la personne à extradier grâce à l'utilisation d'objets provenant de l'infraction.

2) Si une extradition admissible au titre du présent Traité n'est pas accordée parce que la personne à extradier a fui ou est décédée ou ne peut être appréhendée sur le territoire de l'Etat requis, la remise d'objets est néanmoins accordée.

3) Sont toutefois réservés les droits que l'Etat requis ou des tiers auraient acquis sur ces objets. Si de tels droits existent, les objets seront, le procès terminé, restitués dès que possible et sans frais à l'Etat requis. Si la remise risque de porter atteinte à ces droits, elle n'est pas accordée.

4) Les dispositions relatives à l'importation et à l'exportation d'objets et de devises ne s'appliquent pas à la remise d'objets faite en vertu du présent article.

Article 19

DOCUMENTS

1) Il sera produit à l'appui de la demande d'extradition une expédition authentique ou une copie certifiée conforme d'un mandat d'arrêt, d'un jugement exécutoire, d'une décision relative à l'application d'une mesure de sûreté ou d'un autre document ayant la même force. Ces documents doivent être signés par le juge compétent et être revêtus du sceau officiel.

2) Si les éléments suivants ne figurent pas déjà dans les pièces mentionnées au paragraphe 1, ils seront également produits à l'appui de la demande :

a) Un exposé des faits mentionnant la date et le lieu de leur perpétration;

b) La qualification juridique des faits et une copie des dispositions légales applicables ou appliquées;

c) En cas de demande d'extradition aux fins de l'exécution d'une peine ou d'une mesure de sûreté, les pièces apportant la preuve du caractère exécutoire du jugement;

d) Des renseignements aussi précis que possible sur la personne dont l'extradition est demandée, sa nationalité et son domicile ou son lieu de résidence.

Article 20

COMPLÉMENT D'INFORMATIONS

Si l'Etat requis juge insuffisantes les informations ou les pièces justificatives qui lui ont été communiquées, il peut demander qu'un complément lui soit fourni. Il peut fixer un délai approprié à cet effet; ce délai peut être prolongé sur demande pour des motifs valables. Si le complément d'informations n'est pas fourni, l'Etat requis statue sur la demande d'extradition en se fondant sur les informations et pièces justificatives déjà en sa possession.

Article 21

PROCÉDURE

1) Les demandes visées par le présent Traité sont présentées sous forme écrite.

2) Sauf disposition contraire du présent Traité, les échanges de correspondance relatifs à des affaires d'extradition ou de transit se font entre le Ministère fédéral de la justice de la République d'Autriche et le Secrétariat fédéral à la justice et à l'organisation de l'administration fédérale de la République fédérative socialiste de Yougoslavie. Cela n'exclut pas le recours à la voie diplomatique.

Article 22

LANGUE, LÉGALISATION

Les demandes présentées au titre du présent Traité et les pièces qui doivent y être jointes sont rédigées dans la langue de l'Etat requérant. Elles n'ont pas à être légalisées. Elles ne sont pas accompagnées de traductions.

Article 23

RECHERCHE, ARRESTATION

Si l'Etat requérant formule une demande d'extradition conformément aux dispositions du présent Traité et établit la vraisemblance de la présence de la personne réclamée sur le territoire de l'Etat requis, ce dernier prend immédiatement les mesures nécessaires pour rechercher cette personne. En cas de besoin, il peut arrêter cette personne conformément à sa législation ou prendre toutes autres mesures nécessaires pour l'empêcher de fuir.

Article 24

ARRESTATION PROVISOIRE

1) En cas d'urgence, l'Etat requérant peut demander l'arrestation provisoire de la personne recherchée. Cette demande peut être adressée par les autorités judiciaires et les autorités supérieures de police de l'un des Etats contractants aux autorités judiciaires et de police correspondantes de l'autre Etat contractant. L'Etat requis statue selon sa législation sur l'arrestation provisoire ou sur l'adoption d'autres mesures visant à empêcher la fuite de la personne recherchée.

2) La demande d'arrestation provisoire doit indiquer l'existence d'une des pièces visées au paragraphe 1 de l'article 19 et faire état de l'intention de présenter une demande d'extradition. Elle doit également contenir un bref exposé des faits mentionnant la date et le lieu de leur perpétration, des renseignements sur la peine ou la mesure de sûreté encourue ou prononcée ainsi que des renseignements aussi précis que possible sur la personne à extraditer, sa nationalité et son domicile ou son lieu de résidence.

3) La demande visée au paragraphe 1 peut aussi être transmise directement par voie postale ou télégraphique ou par l'intermédiaire de l'Organisation internationale de la police criminelle (INTERPOL). L'Etat requérant est informé sans délai de la suite donnée à sa demande.

4) L'arrestation provisoire peut prendre fin si la demande d'extradition et les pièces visées à l'article 19 n'ont pas été transmises dans un délai de 30 jours. Elle ne doit en aucun cas dépasser 45 jours à compter du jour de l'arrestation. Elle peut prendre fin à tout moment si l'Etat requis prend d'autres mesures qu'il juge utiles pour empêcher la fuite de la personne recherchée.

5) La fin de l'arrestation provisoire ne s'oppose pas à une nouvelle arrestation ni à l'extradition si la demande d'extradition parvient ultérieurement.

Article 25

OFFRE D'EXTRADITION

1) Si les autorités compétentes d'un des Etats contractants apprennent qu'une personne dont l'extradition peut être souhaitée par l'autre Etat contractant se trouve sur le territoire de leur Etat, elle peuvent placer cette personne en détention provisoire. Elles en informent immédiatement l'autre Etat contractant par la voie visée au paragraphe 3 de l'article 24, en indiquant la date et le lieu de l'arrestation.

2) L'Etat contractant qui a été informé conformément au paragraphe 1 fait savoir immédiatement, et au plus tard 15 jours avoir reçu la notification de l'arrestation, s'il présentera une demande d'extradition. La demande d'extradition doit être présentée dans un délai de 30 jours à compter de son annonce.

3) Il est mis fin à l'arrestation à l'expiration du délai visé au paragraphe 2 si aucune demande d'extradition n'a été annoncée ou s'il a été indiqué que l'extradition n'était pas demandée.

4) La fin de l'arrestation provisoire ne s'oppose pas à une nouvelle arrestation ni à l'extradition si la demande d'extradition parvient ultérieurement.

Article 26

DÉCISION RELATIVE À LA DEMANDE D'EXTRADITION

- 1) L'Etat requis statue dès que possible sur l'extradition et avise l'Etat requérant de sa décision.
- 2) Un refus complet ou partiel de l'extradition doit être motivé.

Article 27

PLURALITÉ DE DEMANDES D'EXTRADITION

- 1) Si l'extradition est demandée par l'un des Etats contractants et par un Etat tiers, l'Etat requis statue sur la priorité, compte tenu de toutes les circonstances, notamment le lieu de l'infraction, les dates respectives de réception des demandes, la nationalité de la personne à extraditer, la possibilité d'une extradition ultérieure vers un autre Etat et, si les demandes se rapportent à différentes infractions, leur gravité.
- 2) Si la demande est motivée par plusieurs infractions et que priorité est donnée à un Etat tiers, l'Etat requis informe l'autre Etat contractant, en même temps qu'il lui communique sa décision sur la demande d'extradition, de l'admissibilité d'une éventuelle réextradition de l'Etat tiers vers l'autre Etat contractant.

Article 28

REMISE DE LA PERSONNE À EXTRADER

- 1) Si l'extradition est accordée, l'Etat requis fait savoir à l'Etat requérant quand il sera prêt à remettre la personne. Les Etats contractants conviennent de la date et du lieu de la remise et font savoir, lors de la remise, pendant quelle période la personne à extraditer s'est trouvée en détention.
- 2) La personne à extraditer peut être relaxée si elle n'est pas prise en charge dans un délai de 15 jours à compter de la date à laquelle l'Etat requis est prêt à la remettre. A l'expiration d'un délai de 30 jours à compter de cette date, elle est de toute manière relaxée, et la demande d'extradition est considérée comme non avenue.
- 3) Si la remise de la personne à extraditer est empêchée en raison de son état de santé ou pour d'autres motifs exceptionnels, les Etats contractants s'en avisent mutuellement et, après la disparition des obstacles, conviennent d'une nouvelle date pour la remise, à partir de laquelle les délais visés au paragraphe 2 commencent à courir.

Article 29

REMISE AJOURNÉE OU CONDITIONNELLE

- 1) L'Etat requis peut, après avoir accordé l'extradition, ajourner la remise de la personne à extraditer afin d'engager à son encontre des poursuites pour une autre infraction ou de faire exécuter une peine privative de liberté ou une mesure de sûreté prononcée par ses tribunaux pour une autre infraction.

2) Si la remise est ajournée, l'Etat requis peut remettre provisoirement la personne à extraditer à l'Etat requérant, sur sa demande, aux fins de l'accomplissement d'actes de procédure urgents. Les actes de procédure doivent être décrits en détail dans la demande.

3) L'Etat requérant maintient en détention la personne remise provisoirement et la rend à l'Etat requis dès l'accomplissement des actes de procédure. La durée de la détention sur le territoire de l'Etat requérant est déduite de la peine qui sera ou a été prononcée dans l'Etat requis.

Article 30

PERSONNEL D'ACCOMPAGNEMENT

1) Le personnel d'accompagnement chargé d'emmener la personne à extraditer sur le territoire de l'autre Etat contractant ou d'aller l'y chercher est habilité à prendre, sur le territoire de l'autre Etat contractant, jusqu'à la remise ou la prise en charge de cette personne, les dispositions nécessaires pour éviter sa fuite.

2) Le personnel d'accompagnement est autorisé, dans l'exercice de ses fonctions sur le territoire de l'autre Etat contractant, à porter l'uniforme et avoir avec lui les armes de service et l'équipement nécessaires. Il ne peut faire usage de son arme qu'en cas de légitime défense.

Article 31

REMISE D'OBJETS

1) Les objets dont la remise a été acceptée conformément à l'article 18 sont remis, si possible, au même moment que la personne à extraditer.

2) La remise d'objets aux fins de restitution à la personne lésée peut avoir lieu, avec l'accord de l'autre Etat contractant, dès avant l'acceptation de l'extradition, si la personne à extraditer est d'accord pour qu'ils soient restitués directement à la personne lésée.

Article 32

DROIT DE PROCÉDURE APPLICABLE, INFORMATION

1) Sous réserve des dispositions du présent Traité, la législation de l'Etat requis est la seule applicable sur le territoire de cet Etat pour la procédure d'extradition et la détention aux fins d'extradition.

2) Si une personne est extradée aux fins de poursuites, l'Etat requérant notifie à l'Etat requis le résultat des poursuites, en joignant, le cas échéant, une expédition authentique ou une copie certifiée conforme du jugement définitif.

Article 33

EXTRADITION PAR VOIE DE TRANSIT

1) L'extradition par voie de transit à travers le territoire de l'un des Etats contractants d'une personne à livrer à l'autre Etat contractant par un Etat tiers est accordée aux mêmes conditions que l'extradition.

2) Sauf disposition contraire du présent Traité, les dispositions du Traité s'appliquent aussi à l'extradition par voie de transit.

3) L'Etat requis du transit peut refuser le transit si une procédure pénale est en cours sur son territoire contre la personne dont le transit est demandé, si une sentence exécutoire a été prononcée contre elle ou si le transit risque de porter atteinte à des intérêts essentiels de cet Etat.

4) L'Etat requis du transit doit maintenir la personne réclamée en détention pendant la durée du transit. Il ne peut la poursuivre ni la soumettre à l'exécution d'une peine ou d'une mesure de sûreté pour des faits antérieurs au transit sans l'assentiment de l'Etat qui l'extrade.

5) Un Etat n'extrade pas par voie de transit ses propres ressortissants.

Article 34

TRANSIT PAR AVION

1) Si une personne à extraditer par un Etat tiers vers l'un des Etats contractants doit être transportée par avion au-dessus du territoire de l'autre Etat contractant sans escale dans cet Etat, l'autorisation expresse de l'Etat survolé n'est pas nécessaire. L'Etat requérant informe à l'avance cet Etat de l'existence d'une des pièces visées au paragraphe 1 de l'article 19 et l'informe que la personne à transporter n'est pas un ressortissant de l'Etat contractant survolé, qu'elle n'est pas poursuivie pour un acte à caractère militaire ou politique, qu'elle n'a pas à exécuter une peine ou une mesure de sûreté pour un tel acte et qu'il ne s'agit pas d'un cas visé à l'article 10.

2) En cas d'escale imprévue sur le territoire de l'Etat survolé, la notification visée au paragraphe 1 a les mêmes effets que la demande d'arrestation provisoire visée à l'article 24.

Article 35

TRANSPORT AUX FINS D'EXÉCUTION

Les dispositions relatives à l'extradition par voie de transit (articles 33 et 34) s'appliquent *mutatis mutandis* à la remise d'une personne emmenée à travers le territoire d'un Etat contractant vers le territoire de l'autre Etat contractant aux fins d'exécution d'une peine privative de liberté ou d'une mesure de sûreté prononcée par un tribunal d'un Etat tiers pour une infraction. Il en va de même lorsqu'une personne condamnée dans l'un des Etats contractants est emmenée à travers le territoire de l'autre Etat contractant vers le territoire d'un Etat tiers aux fins d'exécution de la condamnation.

Article 36

FRAIS

Les frais occasionnés sur le territoire de l'Etat requis par une extradition, une remise conditionnelle d'une personne conformément au paragraphe 2 de l'article 29 ou une remise d'objets sont à la charge de cet Etat. L'Etat requérant supporte les frais de transport aérien occasionnés par une remise effectuée par avion sur sa demande, ainsi que les frais occasionnés par le transit.

Article 37

DÉFINITIONS

1) Aux fins du présent Traité, l'expression « langue de l'Etat requérant » désigne :

a) Pour le territoire de la République d'Autriche, la langue allemande;

b) Pour l'ensemble du territoire de la République fédérative socialiste de Yougoslavie, la langue serbo-croate, la langue écrite croate, la langue slovène et la langue macédonienne.

2) Aux fins du présent Traité, l'expression « mesure de sûreté » désigne :

a) En République d'Autriche, toute mesure restrictive de liberté ordonnée par un tribunal pénal en sus ou à la place d'une peine;

b) En République fédérative socialiste de Yougoslavie, les mesures de sûreté et les mesures éducatives ainsi que les mesures de liberté surveillée ayant trait à la clémence conditionnelle, prévues dans le droit pénal de la République fédérative socialiste de Yougoslavie.

3) Aux fins du présent Traité, l'expression « autorités judiciaires » désigne :

a) En République d'Autriche, les tribunaux, le ministère public et le Ministère fédéral de la justice;

b) En République fédérative socialiste de Yougoslavie, les tribunaux ordinaires, le parquet et le Secrétariat fédéral à la justice et à l'organisation de l'administration fédérale;

4) Aux fins du présent Traité, l'expression « autorités supérieures de police » désigne :

a) En République d'Autriche, le Ministère fédéral de l'intérieur;

b) En République fédérative socialiste de Yougoslavie, le Secrétariat fédéral aux affaires intérieures.

5) Si la durée des mesures de sûreté est indéterminée, la date retenue pour déterminer si elle sera d'au moins quatre mois (paragraphe 2 de l'article 2) est celle à laquelle cette mesure doit être levée au plus tard selon la législation de l'Etat requérant.

Article 38

DISPOSITIONS FINALES

Le présent Traité est soumis à ratification. Les instruments de ratification seront échangés à Vienne.

Article 39

1) Le présent Traité entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant l'échange des instruments de ratification.

2) Le présent Traité est conclu pour une durée indéterminée. Chacun des Etats contractants peut le dénoncer par écrit et par la voie diplomatique en respectant un préavis de six mois.

FAIT à Belgrade le 1^{er} février 1982 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et serbo-croate, les deux textes faisant également foi.

Pour la République
d'Autriche :

BRODA

Pour la République fédérative
socialiste de Yougoslavie :

BANOVIĆ
